

INHALT

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|
| 15. Änderung der Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen | 17. Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2016 |
| 16. Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung 2001 | 18. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2016 |
| | Verbraucherpreisindex für Februar 2016 (vorläufiges Ergebnis) |

Neue Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungsbauten entlastet die Gemeinden

Die Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, die zuletzt im Jahr 2010 im Zusammenhang mit der Neuerlassung des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes angepasst wurde, wird nun erneut weiterentwickelt. Die Landesregierung setzt damit einen spürbaren Schritt zur Verwaltungsvereinfachung.

Für mich besonders positiv hervorzuheben ist die mit der Änderung erzielte **Entlastung der Gemeinden**, die in mehrfacher Hinsicht profitieren:

- Die bisher unterschiedlichen Förderungen für Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Maßnahmen in der Umsetzung des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes werden zusammengeführt und bei Neu- und Erweiterungsbauten nunmehr mit einheitlich 30.000 Euro je bewertbarem Raum festgelegt.
- Damit wird einerseits der Vollzug vereinfacht und eine verbesserte Anwenderfreundlichkeit für die Gemeinden umgesetzt. Zum anderen werden die seit Jahren unveränderten Beträge valorisiert. Der Fördersatz wird angehoben und bei Umbauten mit 12 Prozent der Investitionskosten festgelegt.
- Weiters werden in der neuen Richtlinie – der Nachfrage in der Praxis entsprechend – auch neue pädagogische Konzepte durch die Aufnahme von „Lernlandschaften“ als Fördergegenstand berücksichtigt.

Die Förderung von Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungsbauten von Gemeinden und Gemeindeverbänden wird aus dem Gemeindeausgleichsfonds sowie aus Fördermitteln des Landes für kommunale Investitionszwecke finanziert.

Ich freue mich, dass mit der neuen Richtlinie die Gemeinden bei ihrem Engagement, öffentliche Bildungseinrichtungen zeitgemäß weiterzuentwickeln, wirksam unterstützt werden können.

*Ihr Landesrat
Mag. Johannes Tratter*

15.

Änderung der Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

Die derzeit geltende Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wurde zuletzt, insbesondere aufgrund der Neuerlassung des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, LGBl. Nr. 48/2010, mit Beschluss der Tiroler Landesregierung am 28. September 2010 geändert.

Mit Beschluss der Landesregierung vom 29. März 2016 werden die im Vorwort angeführten Änderungen umgesetzt.

„Richtlinie der Landesregierung vom 29. März 2016 für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

1. Allgemeines

Gefördert werden Investitionen für den Neu-, Zu- und Umbau von Gebäuden und Räumen von öffentlichen, allgemein bildenden Pflichtschulen im Sinn des § 1 Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991 (kurz Schulen) und von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen im Sinn des § 2 Abs.1 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (kurz Kinderbetreuungseinrichtungen) deren Erhalter eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband ist.

2. Art und Höhe der Förderung

Die Förderung erfolgt in Form der Gewährung eines verlorenen Zuschusses. Die Höhe der Förderung beträgt

a) bei Neu- und Erweiterungsbauten EUR 30.000,- je bewertbarem Raum,

b) bei Umbauten (Adaptierung bisher nicht dem Schul- oder Kinderbetriebsbetrieb dienender Bestandsräume, Teilung von Räumen u. ä.), Sanierungen und Modernisierungen (z. B. Dachsanierung, Heizungsein- bzw. -umbau, Fenstertausch, Wärmeschutzmaßnahmen u. ä.) von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen mit förderbaren Gesamtkosten über EUR 10.000,- 12 % der förderbaren Gesamtkosten.

3. Bewertbare Räume

Bewertbare Räume im Sinn des Punktes 2 lit. a sind bei Schulen:

- Räume für Unterricht in Fremdsprachen (Sprachlabor)
- Räume für Unterricht in Ernährung und Haushalt (Schulküche)
- Aufenthaltsräume für Fahrschüler und für Freizeitbetreuung
- Küche mit Speiseraum für die Tagesheimbetreuung
- Lernlandschaften

Bewertbare Räume im Sinn des Punktes 2 lit. a sind bei Kinderbetreuungseinrichtungen:

- Gruppenräume
- Bewegungsräume
- Ruheräume
- Küche mit Essraum

Jeder Raum zählt grundsätzlich als ein bewertbarer Raum. Davon ausgenommen sind Turnhallen, die in Volksschulen ab einer Größe von 180 m² als zwei bewertbare Räume und ansonsten ab 300 m² als drei bewertbare Räume zu bemessen sind.

Keine bewertbaren Räume sind jedenfalls: Sekretariatsräume, Lehrerzimmer, Lehrmittelzimmer, Archiv und Abstellräume, Sanitärräume, Garderoben, Hausgänge, Aulen und Wohnungen.

In Schulen wird jedoch die Errichtung eines Lehrerzimmers im Rahmen eines Neu- oder Erweiterungsbaues nach Maßgabe von Punkt 2 a gefördert.

4. Abwicklung

Die Abwicklung der Förderung erfolgt über die Abteilung Gemeinden. Nach Vorliegen der erforderlichen Bewilligungen ist das Förderansuchen von der Gemeinde über das Portal Tirol an die Abteilung Gemeinden zu stellen. Bei Gemeindeverbänden und Schulsprengeln ist das Ansuchen vom Gemeindeverband bzw. von der Sitzgemeinde der Sprengelschule zu stellen.

Anträge für Förderungen nach Punkt 2 lit. a sind grundsätzlich vor Baubeginn einzureichen.

Anträge für Förderungen nach Punkt 2 lit. b sind nach Vorliegen der Schlussrechnung zu stellen. Bei kumulierten Förderungen ist das Ansuchen in der Regel auch bereits vor Baubeginn für das gesamte Vorhaben zu stellen.

Die Beschlussfassung über die Gewährung der Förderung und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel erfolgt durch die Tiroler Landesregierung.

Nach Abschluss des Bauvorhabens ist die bestimmungsgemäße Verwendung der Fördermittel durch Vorla-

ge einer Aufstellung der Investitionskosten, der erfolgten Finanzierung und des Raumprogrammes mittels Planunterlagen nachzuweisen. Nach Genehmigung des Zuschusses wird die Gemeinde davon verständigt und die Förderung zur Auszahlung angewiesen. Bei einer voraussichtlichen Höhe der Förderung von mehr als EUR 40.000,- kann bei Baubeginn ein Vorschuss von max. 80 % der zu erwartenden Förderung gewährt werden.

Auf die Gewährung der Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Allfällige falsche Angaben ziehen die Aberkennung bzw. Rückforderung der Förderung nach sich.

Der Förderungsnehmer ist verpflichtet, den Organen des Landes Tirol, insbesondere den Organen der Gemeindeaufsicht, auf Verlangen jederzeit Auskünfte hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der Förderungsnehmer insbesondere die Einsicht in die Bücher und Belege sowie sonstige in diesem Zusammenhang stehende Unterlagen zu gewähren. Der Förderungsnehmer hat dabei weiters den vorgenannten Organen nach

Voranmeldung das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebszeiten sowie die Durchführung von Überprüfungen, die mit dem Vorhaben im Zusammenhang stehen, zu gestatten.

Dies gilt insbesondere auch, wenn das Vorhaben im Wege eines ausgegliederten Unternehmens oder eines Gebäudeleasings abgewickelt wird.

5. Herkunft der Fördermittel

Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds und aus Landesmitteln (VP 1/210105-7355-000 „Zuwendungen für Investitionszwecke an Gemeinden“).

6. Schlussbestimmungen

Die Richtlinie tritt mit 1. April 2016 in Kraft, und ist auf jene Vorhaben anzuwenden, bei denen die Förderung ab diesem Zeitpunkt gewährt wird.

Gleichzeitig tritt die von der Tiroler Landesregierung in ihrer Sitzung vom 28. September 2010 beschlossene Richtlinie für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen außer Kraft.“

16.

Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung 2001

Die nachstehenden Ausführungen gelten für Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung 2001 mit Ausnahme der Bezirkskrankenhäuser-Gemeindeverbände.

DIE GEMEINDEVERBÄNDE

Gemeinden können zur Besorgung ihrer Angelegenheiten durch Vereinbarung mit anderen Gemeinden, einschließlich der Stadt Innsbruck, einen Gemeindeverband bilden.

Solche **Angelegenheiten** können Aufgaben **der Hoheitsverwaltung oder der Privatwirtschaftsverwaltung** sein. Angelegenheiten der Hoheitsverwaltung werden u.a. durch Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden, Angelegenheiten der Privatwirtschaftsverwaltung durch Alten- und Pflegeheim-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbänden wahrgenommen. Ebenso kann es sich dabei um Angelegenheiten **des übertragenen Wirkungsbereiches** (Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände) oder **des eigenen Wirkungsbereiches** (Alten- und Pflegeheim-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbände) der Gemeinde handeln.

Gemeindeverbände sind **Körperschaften öffentlichen Rechts** die, soweit es zur Besorgung ihrer Angelegenheiten erforderlich ist, Träger von privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Rechten und Pflichten sein können. Ein Gemeindeverband kann beispielsweise eine Liegenschaft erwerben, ein Gebäude mieten, Dienstleistungen in Auftrag geben oder ein Darlehen aufnehmen bzw. eine Baubewilligung erhalten. Insofern ist er mit einer Gemeinde vergleichbar. Ein Gemeindeverband ist jedoch **keine Gebietskörperschaft** wie Bund, Länder oder Gemeinden.

BILDUNG VON GEMEINDEVERBÄNDEN

Gemeindeverbände können entweder durch Gesetz, durch Verordnung (aufgrund eines Gesetzes) oder durch Vereinbarungen gebildet werden.

Zu den Gemeindeverbänden, die durch **Gesetz** gebildet werden, zählen unter anderem die Bezirkskrankenhäuser - Gemeindeverbände, der Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten, der Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Ge-

meindebeamten und der Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister.

Gemeindeverbände können **durch eine Verordnung auf Grundlage eines Bundesgesetzes** (Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände) oder **durch Verordnung auf Grundlage eines Landesgesetzes** (Planungsverbände und die Sanitätssprengel) **gebildet** werden.

Während das **Organisationsstatut** der durch Gesetz gebildeten Gemeindeverbände in den maßgeblichen Landesgesetzen selbst geregelt ist, werden die Satzungen der durch Verordnung aufgrund von Bundes- bzw. Landesgesetzen gebildeten Gemeindeverbände durch Verordnungen der Landesregierung geregelt.

Am häufigsten werden Gemeindeverbände aufgrund einer **Vereinbarung** mehrerer Gemeinden gebildet. Gemeinden können zur Besorgung ihrer Angelegenheiten durch Vereinbarung mit anderen Gemeinden, einschließlich der Stadt Innsbruck, einen Gemeindeverband bilden, wenn dies bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Hoheitsverwaltung besorgen soll, die Funktion der beteiligten Gemeinden als Selbstverwaltungskörper nicht gefährdet bzw. bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Gemeinden als Träger von Privatrechten besorgen soll, aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit im Interesse der beteiligten Gemeinden liegt.

Die **übertragungsfähigen Aufgaben** können zum Einen Angelegenheiten des **eigenen und übertragenen Wirkungsbereiches** zum Anderen Angelegenheiten der **Hoheits- und der Privatwirtschaftsverwaltung** umfassen.

Eine **Vereinbarung über die Bildung eines Gemeindeverbandes** hat zu enthalten:

- die **Namen** der ihm angehörenden **Gemeinden**,
- den **Namen** und den **Sitz** des Gemeindeverbandes und
- die **Bezeichnung seiner Aufgaben**

Die Vereinbarung bedarf **übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte** aller beteiligten Gemeinden und schließlich der **Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung**. Erst mit dem Inkrafttreten der Verordnung über die aufsichtsbehördliche Genehmigung erlangt ein Gemeindeverband Rechtspersönlichkeit.

Jede **Änderung der Vereinbarung** (Beitritt oder Ausscheiden einer Gemeinde, Erweiterung der Aufgaben) bedarf **ebenfalls übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte** aller beteiligten Gemeinden und der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung.

Schließlich bedarf auch die **Auflösung** eines Gemeindeverbandes **übereinstimmender Beschlüsse** der Gemein-

deräte aller beteiligten Gemeinden und der Mitteilung an die Landesregierung.

Das **Organisationsstatut** im Wege von Vereinbarungen gebildeter Gemeindeverbände ist in einer **Satzung** festzulegen. Die Satzung bedarf **ebenfalls übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte** aller beteiligten Gemeinden und der **Genehmigung der Landesregierung** durch Bescheid.

ORGANISATION DER GEMEINDEVERBÄNDE

In der **Satzung** sind insbesondere die Organe und ihre Aufgabenbereiche, die Wahl der Organe, die Festsetzung des Anteils der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden am Aufwand und an einem allfälligen Überschuss des Gemeindeverbandes und Regelungen über die Verwendung eines allfälligen Überschusses, Bestimmungen über die Haftung der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden untereinander und Bestimmungen für den Fall des nachträglichen Beitritts bzw. des Ausscheidens von Gemeinden und der Auflösung des Gemeindeverbandes aufzunehmen. Zudem kann die Satzung weitere Bestimmungen über die innere Organisation und die Verwaltung des Gemeindeverbandes, insbesondere über die Geschäftsführung und die Geschäftsstelle, enthalten.

Organe eines Gemeindeverbandes sind die **Verbandsversammlung** und der **Verbandsobmann**. Für Gemeindeverbände mit mehr als sieben Gemeinden kann überdies ein **Verbandsausschuss** gebildet werden, wobei dieser für Gemeinden mit mehr als zwölf Gemeinden verpflichtend ist.

Die Organe, deren Funktionsperiode sechs Jahre beträgt, sind nach der Bildung des Gemeindeverbandes erstmals einzurichten und in der Folge jeweils nach den allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen neu zusammzusetzen. In diesem Fall hat der Altobmann des Gemeindeverbandes zur konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung einzuladen. Im Rahmen dieser Sitzung sind die satzungsmäßig vorgesehenen Organe neu zu wählen. Die Organe bleiben bis zur Neubesetzung im Amt.

VERBANDSVERSAMMLUNG

Die Verbandsversammlung besteht aus den **Bürgermeistern** der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden, dem **Verbandsobmann** und seinem **Stellvertreter**, auch wenn sie nicht Bürgermeister oder ein vom Gemeinderat entsandtes Mitglied sind.

Vorbehaltlich abweichender Regelungen in der Satzung haben Gemeinden, deren Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes mehr als 20 v. H. beträgt, **weitere Ver-**

treter in die Verbandsversammlung, höchstens jedoch einen für je weitere angefangene 10 v. H., zu entsenden. Unter dem Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes ist der Aufwand für den Betrieb und den Schuldendienst im Kalenderjahr vor der Einrichtung bzw. Neuzusammensetzung der Verbandsversammlung zu verstehen, sofern in der Satzung keine abweichende Regelung festgelegt wurde. Die Amtsdauer eines solchen vom Gemeinderat entsendeten Mitgliedes beträgt sechs Jahre; mit dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat scheidet es auch aus der Verbandsversammlung aus.

Der Verbandsobmann und sein Stellvertreter müssen nicht Vertreter einer dem Gemeindeverband angehörigen Gemeinde, aber zum Landtag wählbar sein. In einem solchen Fall gehören der Verbandsobmann und der Stellvertreter der Verbandsversammlung (und dem Verbandsausschuss) an, führen den Vorsitz in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss), haben in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss) aber lediglich beratende Stimme.

Im Fall der Verhinderung wird der Bürgermeister durch die gemeinderechtlich vorgesehenen Vertreter (Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach, Mitglieder des Gemeindevorstandes nach ihrem Lebensalter) vertreten. Für die weiteren Vertreter der Gemeinde hat der Gemeinderat je ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Die Sitzungen der Verbandsversammlung werden durch den Verbandsobmann einberufen; Beschlüsse werden bei Anwesenheit des Verbandsobmanns (oder Stellvertreters) und insgesamt mehr als der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist.

VERBANDSAUSSCHUSS

Der Verbandsausschuss besteht aus dem Verbandsobmann, seinem Stellvertreter und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt. Die Anzahl der weiteren Mitglieder ist in der Satzung festzulegen. Die Mitglieder werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt. Für jedes weitere Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Die Sitzungen werden durch den Verbandsobmann einberufen und Beschlüsse bei Anwesenheit des Verbandsobmanns (Stellvertreters) und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder min-

destens drei beträgt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.

VERTRETER DER BEDIENTETEN IN DER VERBANDSVERSAMMLUNG UND IM VERBANDSAUSSCHUSS

Der Verbandsversammlung und dem Verbandsausschuss gehört ein Vertreter der Bediensteten des Gemeindeverbandes, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter, mit beratender Stimme an.

In Gemeindeverbänden, in denen eine Personalvertretung oder eine betriebliche Vertretung eingerichtet ist, werden der Vertreter der Bediensteten und sein Stellvertreter von der Dienststellenpersonalvertretung bzw. vom Betriebsrat oder, wenn eine Zentralpersonalvertretung oder ein Zentralbetriebsrat eingerichtet ist, von dieser bzw. diesem entsendet.

Bei Gemeindeverbänden, in denen keine Personalvertretung oder betriebliche Vertretung eingerichtet ist, werden der Vertreter der Bediensteten und sein Stellvertreter in einer Versammlung der Bediensteten gewählt.

VERBANDSOBMANN

Auch der Verbandsobmann und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung auf sechs Jahre gewählt. Im Fall seiner Verhinderung wird der Verbandsobmann durch seinen Stellvertreter, bei dessen Verhinderung, durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Verbandsausschusses, sofern ein solcher nicht besteht, der Verbandsversammlung vertreten.

ÜBERPRÜFUNGSAUSSCHUSS

Die Verbandsversammlung hat **zwingend einen Überprüfungsausschuss zu wählen**. Er besteht aus der in der Satzung festgesetzten Anzahl, mindestens aber aus drei Mitgliedern. Die Mitglieder des Überprüfungsausschusses müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Sie werden in der Verbandsversammlung vorgeschlagen und von dieser auf sechs Jahre gewählt. Analog den Ausschlussgründen für den gemeinderätlichen Überprüfungsausschuss dürfen insbesondere der Verbandsobmann, sein Stellvertreter, sonstige zur Aus- und Einzahlung Bevollmächtigte und der Leiter der Geschäftsstelle dem Überprüfungsausschuss nicht angehören. Die einfache Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung ist kein Ausschlussgrund. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Der Überprüfungsausschuss hat die Gebarung des Gemeindeverbandes auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Ferner hat der Überprüfungsausschuss **vierteljährlich** und jedenfalls bei je-

dem Wechsel in der Person des Verbandsobmanns und seines Stellvertreters **Kassenprüfungen** und **jährlich die Vorprüfung der Jahresrechnung** vorzunehmen.

GESCHÄFTSSTELLE

Zur administrativen Unterstützung der Organe des Gemeindeverbandes ist eine Geschäftsstelle einzurichten. Die Geschäftsstelle muss aber keine eigenständige organisatorische Einrichtung sein, so dass etwa auch das Gemeindeamt einer dem Gemeindeverband angehörigen Gemeinde als Geschäftsstelle bestimmt werden kann.

AUFGABENKREIS UND BEFUGNISSE DER VERBANDSORGANE

Für die Organe der Gemeindeverbände gelten die Bestimmungen über die Gemeindeorgane sinngemäß mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Bürgermeister der Verbandsobmann, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss, sofern ein solcher nicht besteht, die Verbandsversammlung, dem Prüfungsausschuss der Gemeinde der Prüfungsausschuss des Gemeindeverbandes und dem Gemeindeamt die Geschäftsstelle entspricht.

HAFTUNG

Dritten gegenüber haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für ihre Verbindlichkeiten zur ungeteilten Hand. Angesichts der gesetzlichen Haftung erübrigen sich daher zusätzliche Haftungserklärungen der einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden.

BUCHFÜHRUNG

Alle Einnahmen und Ausgaben sind mit ihrem vollen Betrag in zeitlich und sachlich auswertbarer Ordnung laufend in Kassen- und Rechnungsbüchern zu erfassen. Grundlage für jede Vorschreibungsbuchung ist eine Zahlungsanordnung, jede Abstattungsbuchung muss durch einen Zahlungsbeleg belegt sein. Die zeitgeordneten Buchungen sind im Journal, die sachgeordneten Buchungen sind in den Sachkonten vorzunehmen. Buchungen dürfen nur aufgrund **ordnungsgemäßer Belege** erfolgen.

ZAHLUNGSANORDNUNG

Die Leistung und grundsätzlich auch die Annahme von Zahlungen ist nur aufgrund schriftlicher Auszahlungs- oder Einzahlungsanordnungen des Verbandsobmannes oder eines von ihm schriftlich Bevollmächtigten gestattet. **Die strikte Trennung zwischen Zahlungsanordnung und Zahlungsvollzug ist in diesem Zusammenhang zu beachten.**

Zahlungen und sonstige Leistungen des Gemeindeverbandes an den Verbandsobmann oder des Verbandsob-

mannes an den Gemeindeverband sind von seinem Stellvertreter anzuordnen.

Eine Zahlungsanordnung darf nur ausgestellt werden, wenn die haushaltsmäßige Bedeckung vorhanden, die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Leistung bestätigt und die Leistung fällig ist. Die sachliche und rechnerische Richtigkeit und die Zahlungsanordnung müssen mit vollem Namenszug eigenhändig bestätigt bzw. unterfertigt werden.

Erfordert die Leistung einer Zahlung einen Beschluss eines Kollegialorganes, so ist dieser in der Zahlungsanordnung mit dem Datum anzuführen.

SACHLICHE UND RECHNERISCHE RICHTIGKEIT

Alle eine Buchung auslösenden Vorgänge sind auf ihren Grund und ihre Höhe zu prüfen. Die Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ist mit vollem Namenszug zu bestätigen. Die Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ist **vor Erteilung der Zahlungsanordnung** zu treffen.

Die **sachliche Richtigkeit** ist durch den Prüfungsvermerk „sachlich richtig“ erst dann zu bestätigen, wenn:

- die Leistung/Lieferung bereits erbracht wurde/erfolgt ist;
- die Leistung/Lieferung entsprechend der zugrunde liegenden Vereinbarung oder Bestellung ausgeführt/erbracht wurde;
- die der Leistung/Lieferung zugrunde liegenden Zahlenangaben (z.B. Arbeitsstunden, Menge, Maß, Gewicht usw.) richtig sind;
- gelieferte Gegenstände (Anlage- und Gebrauchsgüter) oder Materialien in die Inventar- oder Materialaufschreibungen eingetragen sind;
- der Rechnungsleger alle ihm sonst obliegenden Verpflichtungen erfüllt hat.

Die sachliche Prüfung hat jener Bedienstete durchzuführen und zu bestätigen, der die Erbringung der Leistung/Lieferung oder die sonstigen Maßnahmen, die zu einer Ausgabe (Zahlung) führen, angeordnet und die Ausführung in verantwortlicher Weise geleitet, überwacht oder entgegengenommen hat und alle Umstände (ordnungsgemäße Lieferung oder Leistungserbringung) beurteilen kann, um die Richtigkeit des zu prüfenden Beleges bescheinigen zu können.

Die mit Buchhaltungs- und Kassengeschäften betrauten Bediensteten dürfen nur in jenen Fällen die sachliche Richtigkeit bestätigen, in denen dieser Sachverhalt ausschließlich von ihnen beurteilt werden kann.

Die **rechnerische Richtigkeit** ist erst dann zu bestätigen, wenn:

- die Rechnung im Original vorliegt und vollständig belegt ist (z.B. durch Lieferscheine, Arbeitsberichte usw.);
- der Beleg den gesetzlichen Vorgaben entspricht (z.B. dem USt-Gesetz);
- der Beleg rechnerisch richtig ist und die Berechnung den zugrunde liegenden Zahlenangaben, den maßgebenden Vorschriften, besonderen Verfügungen oder Verträgen usw. entspricht;
- die vereinbarten/angebotenen Zahlungsbegünstigungen (Skonto, Rabatt) berücksichtigt wurden;
- bereits geleistete Teilzahlungen vom Rechnungsbetrag abgezogen wurden.

ZAHLUNGSVERKEHR - ZEICHNUNGSBEFUGNIS

Der Zahlungsverkehr ist nach Möglichkeit **bargeldlos** abzuwickeln. Zudem hat der Verbandsobmann nach Möglichkeit mindestens zwei Bediensteten der Finanzverwaltung die Befugnis zur bankmäßigen Zeichnung zu erteilen. **Die Zeichnungsbefugnis ist jeweils durch zwei Bedienstete gemeinsam (Kollektivzeichnung) auszuüben.** Besteht die Finanzverwaltung nur aus einer Person, so hat der Verbandsobmann die Zeichnungsbefugnis einem weiteren Bediensteten zu erteilen.

Der Verbandsobmann hat die Namen der zeichnungsbefugten Personen samt einer Unterschriftenprobe in ein Verzeichnis aufzunehmen. Darin sind auch die Namen jener Personen anzuführen, denen jeweils die Kollektivzeichnung zukommt.

Der Verbandsobmann hat mit allen Banken, bei denen der Gemeindeverband Girokonten unterhält, nachweislich zu vereinbaren, dass Zahlungen zu Lasten dieser Konten nur aufgrund einer Kollektivzeichnung geleistet werden dürfen. Der Bank sind die Namen der jeweils kollektiv Zeichnungsberechtigten und die Unterschriftenproben zu übermitteln. Änderungen sind den Banken unverzüglich bekannt zu geben.

DECKUNG DES AUFWANDES, VORSCHREIBUNG DER VERBANDSBEITRÄGE

Der durch Einnahmen nicht gedeckte Aufwand eines Gemeindeverbandes ist auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen jährlich aufzuteilen.

Der **Verbandsobmann** hat den Gemeinden **bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen** sowie nach dem **Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich** die für dieses Jahr **zu leistenden Beiträge schriftlich mitzuteilen**. Die Gemeinden können innerhalb von sechs Wochen nach der Zustellung der Mitteilung des Verbandsobmannes bei der Landesregierung die Festsetzung der Vorauszahlungen bzw. des jährlichen Beitrages schriftlich beantragen. Wird ein solcher Antrag nicht gestellt, so gilt die Mitteilung des Verbandsobmannes als Rückstandsabweisung. Rückständige Zahlungen sind im Verwaltungsweg einzubringen. Aufgrund der Jahresrechnung sich ergebende Guthaben sind auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächstfolgenden Beitrag anzurechnen.

AUFSICHT ÜBER DIE GEMEINDEVERBÄNDE

Gemeindeverbände zur Besorgung von Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Landesvollziehung unterliegen der Aufsicht des Landes.

Die Aufsicht über die Gemeindeverbände, soweit es sich um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung oder um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches der Bundes- oder Landesvollziehung handelt, hinsichtlich der Einhaltung der organisationsrechtlichen Bestimmungen, obliegt ebenfalls der Aufsicht des Landes.

Das Aufsichtsrecht des Landes wird von der Landesregierung ausgeübt.

17.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2016

Ertragsanteile an	April		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	6.101.825	6.799.949	698.124	11,44
Lohnsteuer	19.877.189	17.489.626	-2.387.564	-12,01
Kapitalertragsteuer	782.844	595.501	-187.343	-23,93
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	687.581	940.153	252.572	36,73
Körperschaftsteuer	12.305.122	12.877.747	572.625	4,65
Abgeltungssteuern Schweiz	-486	-75	412	84,62
Abgeltungssteuern Liechtenstein	2.416	-15	-2.431	-100,64
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.089	872	-217	-19,92
Stiftungseingangssteuer	497.575	109.205	-388.370	-78,05
Bodenwertabgabe	130.333	112.753	-17.580	-13,49
Stabilitätsabgabe	621.688	998.825	377.136	60,66
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	41.007.176	39.924.540	-1.082.636	-2,64
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	23.067.790	24.998.783	1.930.993	8,37
Abgabe von alkoholischen Getränken	10	41	30	295,23
Tabaksteuer	1.036.833	1.027.896	-8.937	-0,86
Biersteuer	30.351	30.674	323	1,06
Mineralölsteuer	1.729.598	1.763.348	33.749	1,95
Alkoholsteuer	91.969	130.177	38.208	41,54
Schaumweinsteuer	23.241	27.736	4.495	19,34
Kapitalverkehrssteuern	30.984	20.615	-10.369	-33,47
Werbeabgabe	349.128	295.584	-53.545	-15,34
Energieabgabe	990.183	779.177	-211.005	-21,31
Normverbrauchsabgabe	265.280	292.922	27.642	10,42
Flugabgabe	74.400	75.732	1.332	1,79
Grunderwerbsteuer (Aufz. n. einheitl. Schlüssel)	0	24.162	24.162	100,00
Grunderwerbsteuer	7.586.204	13.404.515	5.818.310	76,70
Versicherungssteuer	804.884	810.357	5.473	0,68
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.293.269	1.530.655	237.386	18,36
KFZ-Steuer	89.289	89.700	411	0,46
Konzessionsabgabe	212.379	248.477	36.099	17,00
rechnungsmäßig Ertragsanteile	37.675.792	45.550.550	7.874.758	20,90
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	36.796.708	44.671.467	7.874.758	21,40
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	77.803.885	84.596.007	6.792.122	8,73
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	6.142.738	6.657.442	514.704	8,38
Werbesteuerausgleich	55.891	47.279	-8.612	-15,41
Werbeabgabe nach der Volkszahl	293.238	248.305	-44.933	-15,32
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

18.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2016

Ertragsanteile an	Jänner - April		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	17.392.891	18.439.391	1.046.501	6,02
Lohnsteuer	87.231.697	89.540.972	2.309.275	2,65
Kapitalertragsteuer	3.994.331	5.207.725	1.213.395	30,38
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.446.584	2.452.742	6.158	0,25
Körperschaftsteuer	28.181.824	27.098.222	-1.083.602	-3,85
Abgeltungssteuern Schweiz	649	15.000	14.351	2210,92
Abgeltungssteuern Liechtenstein	6.497	-101	-6.598	-101,56
Erbschafts- und Schenkungssteuer	17.497	16.720	-777	-4,44
Stiftungseingangssteuer	533.542	116.716	-416.826	-78,12
Bodenwertabgabe	279.938	262.623	-17.315	-6,19
Stabilitätsabgabe	1.283.881	1.227.813	-56.068	-4,37
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	141.369.331	144.377.824	3.008.493	2,13
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	85.980.008	88.496.753	2.516.745	2,93
Abgabe von alkoholischen Getränken	115	96	-19	-16,59
Tabaksteuer	5.264.681	5.426.789	162.108	3,08
Biersteuer	491.991	574.025	82.034	16,67
Mineralölsteuer	11.862.090	13.447.736	1.585.646	13,37
Alkoholsteuer	371.494	523.420	151.926	40,90
Schaumweinsteuer	55.764	76.412	20.647	37,03
Kapitalverkehrssteuern	230.632	577.192	346.560	150,27
Werbeabgabe	1.440.268	1.435.059	-5.209	-0,36
Energieabgabe	3.034.598	3.344.920	310.321	10,23
Normverbrauchsabgabe	1.151.103	1.104.217	-46.886	-4,07
Flugabgabe	322.149	335.231	13.082	4,06
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	96.648	96.648	100,00
Grunderwerbsteuer	30.244.223	43.659.118	13.414.895	44,36
Versicherungssteuer	3.223.022	3.150.545	-72.477	-2,25
Motorbezogene Versicherungssteuer	4.404.421	4.677.647	273.226	6,20
KFZ-Steuer	177.777	176.002	-1.776	-1,00
Konzessionsabgabe	957.206	961.934	4.728	0,49
rechnungsmäßig Ertragsanteile	149.211.544	168.063.744	18.852.199	12,63
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	3.516.333	3.516.333	0	0,00
Summe sonstige Steuern	145.695.211	164.547.410	18.852.199	12,94
Kunstförderungsbeitrag	42.064	42.185	121	0,29
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	287.106.606	308.967.419	21.860.813	7,61
Zwischenabrechnung	-1.970.055	9.580.729	11.550.784	586,32
Ertragsanteile gesamt	285.136.551	318.548.148	33.411.597	11,72
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	22.882.040	23.540.804	658.763	2,88
Getränkesteuerausgleich ZWA	546.530	-39.917	-586.447	-107,30
Summe Getränkesteuerausgleich	23.428.570	23.500.887	72.316	0,31
Werbesteuerausgleich	230.567	229.539	-1.028	-0,45
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.209.702	1.205.521	-4.181	-0,35
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.003.340	1.003.340	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2016

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2016 (endgültig)	Februar 2016 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	99,8	99,9
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	110,5	110,6
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,0	121,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	133,7	133,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	140,7	140,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	184,0	184,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	286,0	286,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	502,0	502,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	639,6	640,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	641,7	642,4

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Februar 2016 beträgt 99,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2016 um 0,1 % gestiegen (Jänner 2016 gegenüber Dezember 2015 um 0,9 %). Gegenüber Februar 2015 ergibt sich eine Steigerung um 1,0 % (Jänner 2016/2015 + 1,2 %).

Hinsichtlich der Änderung auf den Verbraucherpreisindex Basis Jahresdurchschnitt 2015 = 100 wird auf die Homepage der Statistik Austria „www.statistik.at“ verwiesen.

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck